



20. ordentliche Mitgliederversammlung vom 30. April 2005
20e Assemblée générale du 30 avril 2005
20ª Assemblea ordinaria dei membri del 30 aprile 2005

Begrüssung und Standortbestimmung

von Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Vizepräsident der AUNS,
anlässlich der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung der
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Präsident der Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz, Lachen/SZ

Liebe AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gönner, liebe Gäste, sehr geehrte
Damen und Herren

Sie sind auch heute wiederum aus allen Teilen der Schweiz nach Bern ge-
kommen. Rund 1000 Leute, die aus Überzeugung für die **Freiheit, die Sicher-
heit und die Unabhängigkeit unseres Landes** eintreten. Sie haben teilweise
in aller Herrgottsfrühe aufstehen müssen, vor allem jene aus dem Münstertal,
aus dem Südtessin, aus andern Grenzregionen und aus allen Teilen der
Schweiz. Sie repräsentieren in eindrucklicher Weise die **46'000 AUNS-
Mitglieder**, die unsere Organisation derzeit umfasst. Im vergangenen Ge-
schäftsjahr haben wir wieder massiv, nämlich um **1774 Mitglieder, Gönner
und Sympathisanten, zugelegt.**

Mit Ihrem Grossaufmarsch bringen Sie zum Ausdruck, dass Ihnen die Schweiz,
die **direkte Demokratie, die Volkssouveränität, die Eigenständigkeit, die
schweizerische Neutralität**, am Herzen liegt.

Sie bringen zum Ausdruck, dass Sie **keine Anpasser** sind, welche unser Land
in internationale Grossgebilde einbinden wollen. Sie bringen zum Ausdruck,
dass Sie nicht der Illusion verfallen sind, Probleme liessen sich nur noch „sup-
ranational“ lösen, nach dem Motto „Alle sind gemeinsam für alles verantwort-
lich“. Denn wir wissen: **Wo alle für alles „verantwortlich“ sind, ist niemand
für etwas verantwortlich!** Die Zustände in der EU beweisen dies in aller Deut-
lichkeit.

Meine Damen und Herren, ich begrüsse unter uns ganz besonders **Herrn Pro-
fessor Dr. Gerd Habermann** aus Berlin. Er ist Direktor des Unternehmerinsti-
tuts der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. Herr Professor Ha-
bermann wird über das Thema „**Europa braucht eine unabhängige Schweiz**“
zu uns sprechen. Ich danke Ihnen Herr Habermann, dass Sie zu uns gekom-
men sind.

Ebenso heisse ich die folgenden Referenten bei uns willkommen:

Herrn Nationalrat **Geri Müller**, Grüne Partei, Baden;

Herrn **David Glatz**, Ehrenpräsident des Schweizerischen Sportschützenverbandes, Langenthal; sowie
Herrn Nationalrat **Oskar Freysinger** aus Savièse.

Diese drei Herren werden aus verschiedenen Blickwinkeln zum Thema Schengen sprechen. Ich danke auch Ihnen, dass Sie gekommen sind.

I. Wider das Anpassertum – Denken ist Pflicht!

Im Newsletter Dezember 2002 schrieb die *economiesuisse*: "Aus Sicht der Wirtschaft sind diese neuen bilateralen Verhandlungen (gemeint Bilaterale II/Schengen) nur begrenzt geeignet, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen."

Mittlerweile steckt die *economiesuisse* Abermillionen in die Propaganda für Schengen. Das **normierte Denken** hat auch bei den angeblich liberalen Geistern Einzug gehalten. Wer nicht Deiss-konform, Calmy-konform, Schmid-konform, Merz-konform, Leuenberger-konform und Couchepin-konform spricht, wird verpönt und als suspekt erklärt.

Anstatt mit Selbstbewusstsein die Werte der freiheitlichen, liberalen und christlichen Gesellschaft zu verteidigen, profiliert sich die offizielle Schweiz als Weltmeisterin des Anpassertums und der Toleranz gegenüber den Intoleranten.

Gleichdenker und Anpasser klopfen sich gegenseitig auf die Schultern, preisen die „Fortschritte“ des Sozialismus und verteidigen ängstlich ihre Pfründen. Sie sind der Schweiz schon längst untreu geworden. Vor lauter Gleichdenken erkennen sie die Schweizer Juwelen nicht mehr.

Unsere Errungenschaften, Besonderheiten und Stärken werden demontiert. Freiheit, Unabhängigkeit, bewaffnete Neutralität, Föderalismus, Privateigentum und Wettbewerb werden gedankenlos preisgegeben. "Denken" ist tabu geworden.

Meine Damen und Herren: Stehen wir ein für unsere Werte, für die Freiheit, für die Selbstbestimmung! Es ist unsere Aufgabe, unbequeme Fragen zu stellen. **Es ist unsere Aufgabe, gegen Kleinmut und Anpassertum anzutreten. Denken ist Pflicht, und Handeln ist Pflicht!**

II. Anpassertum auch in der Armee

Wie bei Schengen so will man auch bei der Armee das Bewährte abschaffen. Die innere wie äussere Sicherheit werden bewusst geschwächt, damit man später den EU-Beitritt besser verkaufen kann.

Unsere Regierung hat im Vorfeld der Abstimmung massiv Druck auf das Volk ausgeübt, Propaganda betrieben und Andersdenkende als „Flugsand“ verleumdet.

Trotzdem stimmten die Bürger zu. Sie haben aber lediglich ja gesagt zu einer **modernen, bedrohungsgerechten Miliz-Armee** und nicht zu einer NATO- oder EU-Anpassertruppe, die sich immer mehr auf das Ausland konzentriert.

In Bundesbern denkt man aber längst weiter: Die **Armee 2011**, an der die Stäbe

schon emsig basteln, soll noch 50-60'000 Angehörige und Berufskader umfassen. Sie wird unser Land nicht mehr verteidigen und schützen können.

Die Armee 2011 ist darauf ausgerichtet, an Ausland-Interventionen teilzunehmen und damit unsere Neutralität zu zerstören. Die Bürger werden von der Pflicht, für die Sicherheit und den Schutz unseres Landes einzustehen und dafür notfalls ihr Leben einzusetzen, entfremdet.

Meine Damen und Herren, genau das dürfen wir nicht zulassen. Wir akzeptieren keine Manipulationen und Täuschungen aus Bundesbern. Unsere Devise heisst: **Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung statt Anpassertum!**

III. Wider die Schengen-Propaganda

Meine Damen und Herren, in 5 Wochen, am 5. Juni 2005, stimmt das Schweizervolk über Schengen/Dublin ab. **Schengen ist eine entscheidende Weichenstellung für oder gegen den EU-Beitritt unseres Landes** – auch wenn diese Tatsache von einer Mehrheit des Bundesrates und des Parlamentes bestritten wird.

Aber wir glauben den **Schalmeienklängen aus Bundesbern**, die von vielen Medien und von Verbandsfunktionären lautstark kolportiert werden, schon lange nicht mehr. Immer wieder in der Vergangenheit hat man dem Schweizervolk aus dem Bundeshaus vor Abstimmungen Versprechungen und Zusicherungen gemacht und damit – zum Teil auch mit Drohungen – einen wesentlichen Teil der Wählerschaft über den Tisch gezogen.

Diese **Versprechungen** haben sich **in Rauch aufgelöst**, so bei der Expo 01, bei den Swissair-/Swiss-Milliarden, bei der NEAT, die schlussendlich Dutzende von Milliarden kosten wird, bei der Krankenversicherung, deren Prämien explodieren, bei der Personenfreizügigkeit, beim Landverkehrsabkommen, beim Luftverkehrsabkommen, und selbstverständlich bei der UNO-Abstimmung, bei den Militäreinsätzen im Ausland und bei der Armee XXI.

Wenn dann die bittere Realität die vorherigen Versprechungen entlarvt, schleichen sich die Verantwortlichen, zum Teil mit hohen Abfindungen, davon, oder die Verantwortlichen sind gar nicht mehr im Amt.

Das gleiche Bild zeichnet sich auch in der Schengen-Frage ab:

Bundesrat, Parlament und Verwaltung haben in skandalöser Weise alles getan, um die direkte Demokratie und die Volksrechte zu erschweren und zu behindern.

- Zunächst wurden die Bilateralen II/Schengen in der Dezembersession 2004 mit einer **Feuerwehrrübung** durch das Parlament gepeitscht. Obwohl Schengen weder von Brüssel verlangt wurde, noch dass ein zeitlicher Druck besteht.
- Dann haben Bundesrat und Parlament das obligatorische Referendum verweigert, um das **Ständemehr auszuschalten**. Diese krasse Missachtung von Volksrechten ist ein **Skandal!**
- Dann hat der Bundesrat die 100-tätige Referendumsfrist willkürlich und **handstreichartig** um eine Woche verkürzt.
- Damit nicht genug: Die Bundeskanzlei wollte in **Oberlehrer-Manier** auf den Text unseres Komitees im Bundesbüchlein Einfluss nehmen. Man versuchte Originalaussagen zu entschärfen und Wahrheiten zu verwässern.
- Das mit Steuergeldern finanzierte, von der Verwaltung erarbeitete Schengen/Dublin Info-Konzept – ein reines **Schengen-Propagandakonzept** – wird heute unter Leitung des Integrationsbüros systematisch umgesetzt. Bundes-, Verwaltungs- und Verbandsfunktionäre treten an zahlreichen Veranstaltungen auf, und in den Medien erscheinen ihre Interviews und Artikel, die Schengen in den Himmel rühmen.
- Schengen-kritische Grenzschutz- und Polizeioffiziere wurden mit einem **Maulkorb** zum Schweigen gebracht. Gleichzeitig reisen Bundesräte und Chefbeamte im Land herum und zeichnen an Dutzenden von Propagandaveranstaltungen ein **rosarotes Schengenbild**. **Man fühlt sich derzeit in der Schweiz beinahe an Zustände erinnert wie weiland in der DDR.**

Zusammen mit willfährigen Politikern und Medien, bundesratshörigen Chefbeamten, Polizei- und Verwaltungsfunktionären sowie Managern aus der Wirtschaft tut der Bundesrat alles, um die **Stimmbürger und Stimmbürger über den Tisch zu ziehen**. Mit einer gewaltigen, Dutzende von Milliarden teuren Propaganda werden **Halb- und Unwahrheiten über Schengen/Dublin verbreitet**. Mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Versprechungen und Drohungen, mischt sich der Bundesrat massiv in den Abstimmungskampf ein. **Denn der Bundesrat will um jeden Preis über Schengen in die EU!**

Es kommt nun darauf an, dass **wir** den Kampf mit Gleichgesinnten führen, dass **wir** die Leute überzeugen.

Lassen Sie mich noch einmal die wesentlichsten Punkte und Konsequenzen des Schengen-Abkommens aufzeigen.

IV. Grenzenlose Kriminalität statt Sicherheit

Bei Schengen geht es nicht um „mehr Sicherheit“, wie von den Befürwortern behauptet, sondern um ein **grenzenloses Europa**. Im Schengen-Vertrag (Schengener Durchführungsübereinkommen, Art. 2/ Beschluss vom 26.4.94) steht klipp und klar:

„Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden. Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung (...) ein gültiges Grenzübertrittsdokument vorzuweisen oder vorzulegen.“

Damit sind Behauptungen wie „es ändert sich an der Grenze nichts“ **als Lügen entlarvt**. So hat **Heinz Buttauer**, Präsident des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter, am 4. April 2005 an einer Pressekonferenz behauptet: „An der Grenze wird sich nichts ändern.“ Dem widersprach **Heinz Kiefer**, Präsident des Europäischen Polizeiverbandes: **Es sei mit Schengen zwingend, an den Grenzübergängen zwei Spuren einzurichten. Eine Spur für jene, die Waren zu verzollen haben, und eine für die andern.** (Tagesanzeiger, 5.4.05).

Im Zusammenhang mit **Warenkontrollen** können Personen zwar noch punktuell kontrolliert werden, aber nur wenn ein **konkreter Verdacht** vorliegt und solange die Schweiz nicht Mitglied der Zollunion ist.

Bundesrat Merz hat an der Pressekonferenz des Bundesrates vom 14. April 2005 erklärt, ein **Beitritt zur europäischen Zollunion** als nächster Integrationschritt sei **„derzeit kein Thema“**. Damit ist klar: Nach Schengen steht auf dem bundesrätlichen Fahrplan der Beitritt zur Zollunion, dann zur Währungsunion und dann zur EU!

Mit Schengen können Kriminelle, Illegale, organisierte Verbrecher, Schlepperbanden und dergleichen ohne Kontrolle über die (ehemalige) Grenze in unser Land eindringen und hier ihr Unwesen treiben! **Die Wahrscheinlichkeit, dass sie von einer mobilen Patrouille im Hinterland (Schleierfahndung) erwischt werden, ist minimal.** Zudem will die EU die Schleierfahndung verbieten, da sie der Reisefreiheit widerspricht.

Schengen bringt **grenzenlose Kriminalität**. Ohne Grenzkontrolle würden die rund **140'000 Personen**, welche von den Grenzwachern jährlich zurückgewiesen oder der Polizei zur Verhaftung übergeben werden, **ungehindert in unser Land eindringen**. Ihre Zahl entspricht der doppelten Einwohnerzahl von Luzern!

Dass Schengen alles andere als ein „Sicherheitsraum“ ist, beweist auch die UNO-Kriminalitätsstatistik (UNITED NATIONS Office of Drugs and Crime, 2004). Danach haben sich im **Nicht-Schengenland** Schweiz im Jahr 2000 pro 100'000 Einwohner **3774 Verbrechen** ereignet.

Im **Schengenland Deutschland** sind es vergleichsweise **7621 Verbrechen** und in **Frankreich 6403 Verbrechen**. Dies obwohl die Schweiz mit 202 Polizis-

ten pro 100'000 Einwohner die niedrigste Polizeidichte aufweist. **Mit der Grenzöffnung gegen Osten wird die Situation dramatisch verschärft.**

Meine Damen und Herren, heute haben wir ein klares und erfolgreiches Sicherheitssystem: „**Kontrolle an der Grenze, Freiheit im Landesinnern**“. Mit Schengen gilt das umgekehrte Prinzip: „**Freiheit an der Grenze, Kontrolle im Landesinnern**“. Nur mit massiven Kontrollen im Landesinnern – die vor allem unbescholtene Bürger treffen – liesse sich eine gewisse Sicherheit erreichen.

Das ist absurd. Es ist ebenso absurd, als würde man bei den Bundeshaus-Eingängen keine Kontrolle mehr machen, sondern alle Leute hereinlassen. Und später würde man dann im Innern nach zwielichtigen Gestalten und Kriminellen suchen.

V. Schengen unterstellt uns fremdem Recht

Bundesrätin Calmy-Rey hat an einer Schengen-Propaganda-Veranstaltung am 11. April 2005 in Sarnen gesagt, ihr seien „keine Nachteile von Schengen bekannt“.

So kann nur jemand daher reden, dem die Sicherheit und die Unabhängigkeit unseres Landes egal ist. So kann nur jemand daher reden, der unser Land um jeden Preis über Schengen in die EU einverleiben will. Und so kann nur jemand daher reden, dem der Eid oder das Gelübde, das er als Magistrat abgelegt hat, letztlich egal ist. Aber leider ist Frau Calmy-Rey in Bern in guter Gesellschaft!

Meine Damen und Herren, mit Schengen unterstellen wir uns **500 Seiten fremdem Recht**. Und erstmals in der Geschichte unseres Bundesstaates sind wir verpflichtet, uns **auch neuem EU-Recht zu unterstellen, ohne Mitentscheidungsrecht**. So sind früher die Kolonien behandelt worden. Brüssel kann den Schengen-Vertrag jederzeit einseitig abändern. **Kein vernünftiger Mensch unterschreibt einen solchen Vertrag!**

Wenn wir neues Schengenrecht definitiv ablehnen, dann fällt der Vertrag dahin. Und dieses Risiko wird der Bundesrat niemals eingehen.

Marc Comina, Bundeshausredaktor, schreibt deshalb völlig zu Recht: „**Seien wir ehrlich: Einmal mit Schengen assoziiert, wird die Schweiz dabei bleiben, egal, was es kostet.**“ (Facts, 1. Juli 2004).

Wir müssen die Wahrheit über Schengen und die bundesrätliche Taktik 1000 mal hinausrufen, bis sie im hintersten Winkel unseres Landes – und vielleicht sogar in Bundesbern – gehört wird:

- Schengen zwingt uns die **Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen** auf.
- Schengen öffnet das Schweizerhaus für **Kriminelle, Illegale, Verbrecher, Gewalttäter, Schlepperbanden und Schwarz- und Billigarbeiter**.
- Schengen heisst: **Sicherheit verlieren und Arbeit verlieren**.
- Schengen zwingt uns **fremdes Recht und fremde Richter** auf.
- Schengen verpflichtet uns zur einer nachteiligen, **gleichgeschalteten Visa- und Asylpolitik**.
- Schengen höhlt mittelfristig unser **Bankkundengeheimnis** aus.
- Schengen **untergräbt unser freiheitliches Waffenrecht** und die schweizerische Schützentradition.
- Und, meine Damen und Herren: **Schengen ist der Schnellzug in die EU!**

VI. Kampf mit Herzblut

Meine Damen und Herren, wir werden die schicksalhafte Schengen-Abstimmung am 5. Juni 2005 gewinnen. Aber nur, wenn wir – zusammen mit unseren Verbündeten – um jede Stimme kämpfen. Jedes Plakat, jedes Flugblatt, jede Veranstaltung, jeder Leserbrief, jede Standaktion, jedes persönliche Gespräch kann entscheidend sein.

Unsere Gegner haben zwar unbegrenzte Mittel. Aber wir haben unser Engagement, unsere Überzeugung, unser Herzblut. Das wiegt mehr als alle Millionen.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz zum Wohl unseres Landes und erkläre die Versammlung für eröffnet.
